



«Wir brauchen eine zivilisierte Marktwirtschaft»

Wirtschaftsethiker Peter Ulrich verlangt eine Marktwirtschaft, die sich stärker in den Dienst der Gesellschaft stellt. Das ist auch Leitgedanke des Werks «Die grosse Transformation», dessen Titel Motto des Weltwirtschaftsforums 2012 ist.

Interview: Urs Fitze

Herr Ulrich, Sie postulieren eine zivilisierte Marktwirtschaft. Was ist damit gemeint?

Peter Ulrich: Eine Marktwirtschaft, die konsequent in die Prinzipien einer Gesellschaft freier Bürgerinnen und Bürger eingebunden wird, statt dass die Gesellschaft zunehmend unter Sachzwänge des marktwirtschaftlichen Standortwettbewerbs gestellt wird. Das war schon der Leitgedanke des Wirtschaftshistorikers Karl Polanyi in seinem 1944 geschriebenen Buch «The Great Transformation». Das diesjährige WEF hat seinen Titel ja als Motto gewählt. Ich hoffe, die dortigen Debatten gehen an Polanyis epochaler Perspektive nicht völlig vorbei.

Inwiefern ist Karl Polanyis Perspektive aktuell?

Seine zentrale These war, dass die Gesellschaft immer mehr zum «Anhängsel des Marktes» werde. Die Herauslösung des marktwirtschaftlichen Systems sei unter der Flagge eines einseitigen Wirtschaftsliberalismus schon im 19. Jahrhundert zu weit gegangen und führe unweigerlich zu einer katastrophalen gesellschaftlichen Zerrüttung. Die nächste Phase der grossen politisch-ökonomischen Transformation besteht in der Wiedereinbettung der Marktwirtschaft in die Bürgergesellschaft.

Sie sprechen manchmal von Volkskapitalismus. Das klingt schwer nach Verstaatlichung.

Im Gegenteil. Das urliberale besitzbürgerliche Credo lautet ja «Eigentum macht frei». Soweit das zutrifft, sollte in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft allen Bürgern Eigentum zustehen. Denn in der bürgerlichen Gesellschaft sollen ja alle ein selbstbestimmtes Leben führen können. Oder etwa nicht? Dann braucht es auch weniger kompensatorische Sozialpolitik, also weniger Staat.

Fordern Sie demnach eine Umverteilung der Vermögen?

Die findet seit 30 Jahren statt, und zwar von unten nach oben, also in Richtung einer immer extremeren Vermögenskonzentration. Eine wahrhaft bürgerliche Gesellschaft sorgt demgegenüber für eine breite Eigentumsverteilung und Chancengleichheit. Primär soll die individuelle Leistung, nicht das ererbte Vermögen über die Lebenslage entscheiden. Sonst verkehrt sich der Liberalismus in Neofeudalismus.

Immer mehr Menschen haben die Nase voll»

Und was bedeutet eine zivilisierte Unternehmensführung? Stakeholder vor Shareholder Value?

Es bedeutet Fairness gegenüber allen vom unternehmerischen Handeln Betroffenen. Das sind neben den Kapitalgebern insbesondere die Mitarbeitenden, die Lieferanten, die Kunden, die öffentliche Hand und jene, die nach uns kommen. Vage Absichtserklärungen, die legitimen Ansprüche aller Stakeholder in die Unternehmensziele einzubeziehen, genügen jedoch nicht. Denn es bleibt dann im Belieben der Unternehmensleitung, wann und wie weitgehend sie den Stakeholder-Dialog pflegt und auf betroffene Ansprüche Rücksicht nimmt. In

einer modernen Gesellschaft kann solche Rücksichtnahme nicht privatwirtschaftlichen Kalkülen überlassen werden, sondern ist Sache der rechtsstaatlichen Grundordnung.

Zum Beispiel?

Zugang zu sauberem Trinkwasser ist ein unantastbares Menschenrecht, das jeder Rechtsstaat für alle zu gewährleisten hat, unabhängig von ihrer Kaufkraft. Die Grundversorgung mit Trinkwasser darf daher nicht privatisiert und der Marktlogik unterworfen werden. Sie ist Sache einer öffentlichen Infrastruktur. Das schliesst wirtschaftliche Anreize zu einem sparsamen Umgang mit dem knappen Wasser keineswegs aus.

Wo bleibt das unternehmerische Gewinnprinzip?

Strikte Gewinnmaximierung ist kein legitimes Unternehmensziel. Denn zwischen den verschiedenen Stakeholder-Interessen gibt es ganz normale Konflikte. Gute und legitime Unternehmensführung soll gegenüber allen Beteiligten und Betroffenen verantwortbar sein. Sie zielt auf faire Ausgewogenheit und moderiert dementsprechend das Gewinnstreben. Entsprechende Standards guter Unternehmensführung sind weltweit in Entwicklung und werden sich als Basis eines zivilisierten Wettbewerbs über kurz oder lang durchsetzen.

Wie hoch darf denn der Gewinn sein?

Das hängt eben in erster Linie von der fairen Vertretbarkeit gegenüber allen Betroffenen ab und lässt sich nicht einfach mit einer Zahl ausdrücken. Wer aber Gewinnanteile im zweistelligen Prozentbereich des investierten Kapitals anstrebt, tut dies in aller Regel auf Kosten anderer, das heisst, er betreibt Umverteilung nach dem Muster «Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Kosten». Glauben

Datum: 21.01.2012

Wirtschaft^{regional}

Liechtensteiner Vaterland

Vaduzer Medienhaus
9490 Vaduz/Liechtenstein
00423/ 236 16 16
www.wirtschaftregional.li

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 14'000
Erscheinungsweise: wöchentlich



 Universität St. Gallen

Themen-Nr.: 377.9
Abo-Nr.: 377009
Seite: 6
Fläche: 38'562 mm²

Sie mir, davon haben aufgeklärte Zeitgenossen auf der ganzen Welt inzwischen die Nase voll.



Er fordert mehr Fairness: Peter Ulrich, emeritierter Professor für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen.